

THEMA

ESSAY KIRCHE UND STAAT

Tabula rasa

Anina Valle Thiele

REGARDS

Die neue Regierung will die Trennung von Kirche und Staat vorantreiben. Agnostiker und Linke jubilierten und beschwören einhellig das Ende des Einflusses der katholischen Kirche. Aber gebietet die Herauslösung klerikaler Elemente aus der Gesellschaft nicht neue Dogmen?

Kaum ein Bild könnte symbolträchtiger die von der neuen Regierung angekündigte Zurückdrängung der katholischen Kirche und des Religiösen veranschaulichen, als der Abriss der baufällig gewordenen Differdinger Kirche „Notre-Dame des Douleurs“. Einstimmig hatte der Gemeinderat ihre Demontage beschlossen, nicht einmal der Widerspruch von Denkmalschützern fand Gehör. Kurzzeitig wirkte das halb abgerissene Kirchenschiff wie eine klaffende Wunde, bald werden die Überreste verschwunden und einem modernen Bau, einem Spielplatz und einer kleinen Kapelle gewichen sein - der Abriss einer Kirche als Fanal für die viel beschworene Modernisierung, den Fortschritt, den Gambia in Luxemburg einläuten will? Wird das vorläufige Ende des von Linken so einhellig dämonisierten CSV-Staats auch eine Zäsur in Sachen Einfluss der Kirche markieren?

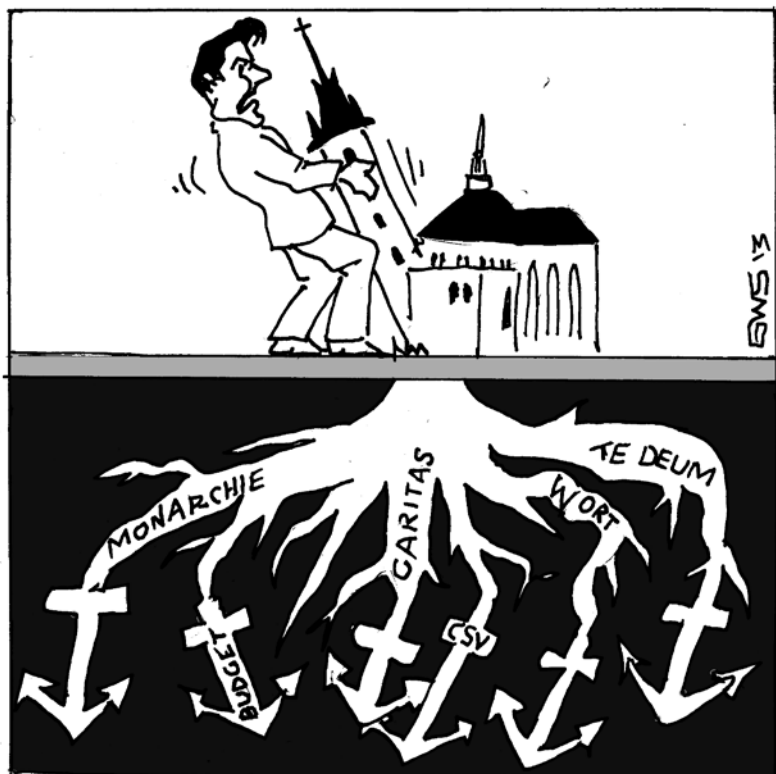
Gerade in Sachen Trennung von Kirche und Staat will die neue Regierung Nägel mit Köpfen machen und wähnt dabei grundsätzlich die Mehrheit der LuxemburgerInnen hinter sich. Angeblich weht ein neuer säkularer Wind, identifizieren sich zunehmend weniger Menschen mit der katholischen Kirche und fordern den Abbau von deren Privilegien. Doch

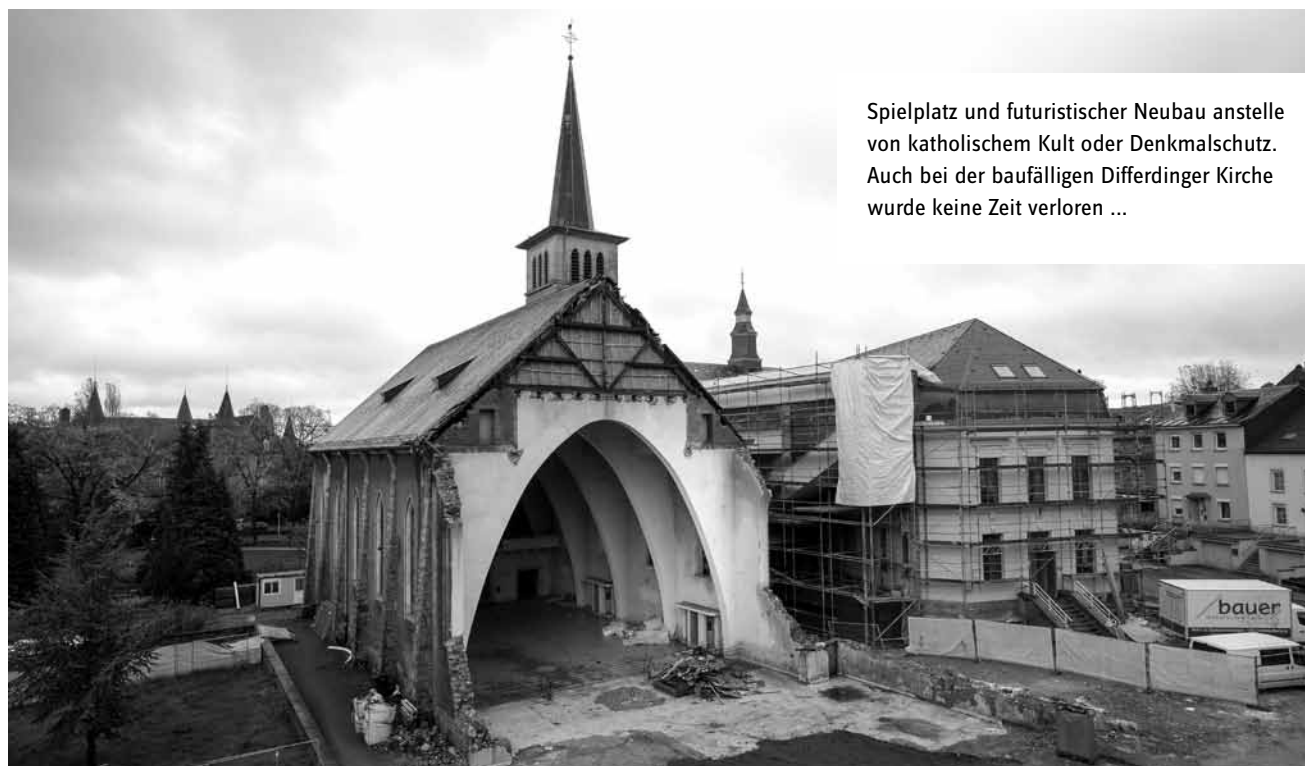
wie viele Katholiken es tatsächlich in Luxemburg gibt, lässt sich nicht genau beziffern, trägt doch jede Pfarrei die Getauften bei sich ein. Immerhin 41 Prozent erklärten sich in einer rezenten, von der Kirche in Auftrag gegebenen TNS-Ires-Umfrage einer christlichen Glaubensgemeinschaft zugehörig, 39 Prozent gaben an, der katholischen Kirche „nahezustehen“.

Neuer säkularer Wind?

Werteunterricht statt Religionsunterricht heißt es im Koalitionsabkommen, kein Te Deum mehr als Staatsakt am Nationalfeiertag, stattdessen eine zivile Feier lautet die Programmatik der Erneuerer. Aber wie will Gambia den gordischen Knoten der nebulösen Finanzierung der katholischen Kirche durch Steuergelder lösen, über die es heißt, sie sei enorm hoch - die Rede ist von fast 60 Millionen Euro - die jedoch niemand exakt zu beziffern vermag? „Die katholische Kirche in Luxemburg wird fast vollständig vom Steuerzahler finanziert. Wie viel die Kirche insgesamt an Steuergeldern verschlingt, ist öffentlich nicht bekannt“, polemisiert die „Allianz von Humanisten, Atheisten und Agnostikern“ (AHA), deren Facebook-Seite fast 2.700 Likes zählt, auf ihrer Internet-Seite.

Und wie den Artikel 22 reformieren, der das aktuelle System der Konventionen zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften definiert, die Verzahnung von Kirche und Staat, getragen vom politischen Willen der





Spielplatz und futuristischer Neubau anstelle von katholischem Kult oder Denkmalschutz. Auch bei der baufälligen Differdinger Kirche wurde keine Zeit verloren ...

FOTO: © CLAUDE PISCITELLI

CSV, bisher legitimiert hat? Gerade diese Praxis war den Säkularen immer ein Dorn im Auge. Wie den auf Napoleon zurückreichenden Status des Klerus als Staatsbeamte ablösen? Während die neue Regierung noch ihre Vorschusslorbeeren genießt und sich in der allgemeinen Zustimmung suhlt, ist zumindest um die Frage, ob der Werte- oder der Religionsunterricht zu favorisieren sei, eine gesellschaftliche Debatte ausgebrochen, die schon lange geschwelt hatte.

Nebulöse Finanzierung der katholischen Kirche durch Steuergelder

Vom rechten Rand der Gesellschaft hagelt es nun höhnische, mitunter homophobe Kommentare auf Stammtischniveau, wie der Te Gay-um-Facebook-Kommentar des ADR-Abgeordneten Roy Reding zeigt. Die Kirche wiederum gab eilig eine TNS-Illus-Umfrage in Auftrag, um sich der Zustimmung der LuxemburgerInnen zu vergewissern. In den Reihen der Linken wie auch von linksliberaler Seite indes ernten die kulturrevolutionären Ankündigungen der Regierung eifrige Zustimmung; das kollektiv geteilte Feindbild des katholisch-konservativen CSV-Staats liefert die Rechtfertigung - bisweilen mit einer bis ins Verschwörungstheoretische gehenden Abneigung: « Or, au-delà du CSV, c'est toute la droite catholique qui se trouve à l'écart de ce pouvoir, cette nébuleuse formée autour du parti, l'archevêché et ses médias ainsi que son prolongement social, la Caritas,

qui perd ainsi son influence - et son lien organique avec le législateur et le gouvernement », heißt es im Lëtzeburger Land, zugleich die einzige Luxemburger Zeitung, die das Sujet „Trennung von Kirche und Staat“ regelmäßig feuilletonistisch erörtert - wenngleich sie ebenfalls einhellig in dasselbe Horn der linken Masse bläst und die säkulare Entwicklung des Landes beschwört.

Sicher gibt es - gerade im erz-katholischen Luxemburg - gute Gründe, die staatlich fest verankerte Institution katholische Kirche, den größten Männerverein der Welt, und ihren starken Einfluss auf ein Geflecht an Institutionen wie etwa die Caritas abzulehnen. Selbst aufgeklärte linke KatholikInnen teilen diese Kritik. Eine stärkere Trennung von Staat und Kirche ist deshalb ganz bestimmt nicht falsch - auch wenn nicht klar ist, welches laizistische Modell für Luxemburg Pate stehen soll.

Dennoch sollten Negativverfahren, Abneigung, persönlicher Nicht-Glaube gekoppelt an ein pauschales linkes Weltbild, das mit vernebeltem Blick die „Pfaffen“ als ewiges Hauptfeindbild im Visier hat, nicht zu vereinfachten Urteilen verleiten - wie etwa beim Thema Religionsunterricht. Gerade hier schlagen die Wellen derzeit hoch. Kein Wunder, heißt es doch bereits im Koalitionsabkommen, man werde den Werteunterricht einführen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Bildung“, André Bauler (DP), kündigte prompt an, man werde beide bestehenden Fächer, Religionsunterricht wie Moral- und Sozialunterricht, durch einen „Werteunterricht“ ersetzen. Wird die Frage um den Re-

ligionsunterricht zum Zünglein an der Waage? Dessen Verfechter finden sich freilich überwiegend unter ReligionslehrerInnen und christlich Konservativen, wie etwa die vor kurzem gegründete Bürgerinitiative „Fir den Choix“ mit ihrer Petition zum Erhalt des katholisch geprägten Religionsunterrichts zeigt. Glaubt man der von der Kirche in Auftrag gegebenen Umfrage, so sind 72 Prozent der Bevölkerung für den Erhalt der Wahlfreiheit zwischen Moral- und Religionsunterricht - bei den Eltern schulpflichtiger Kinder sind es angeblich gar 76 Prozent. Laut dem von Luxemburger Wort und RTL Anfang Dezember in Auftrag gegebenen Politmonitor ergibt sich hingegen ein Patt: 45 Prozent sind für das Beibehalten der Wahlfreiheit, 45 Prozent für die Einführung eines Ethikunterrichts.

Frage um Religionsunterricht - Zünglein an der Waage?

Ein bekenntnisfreier Religionsunterricht, der dann ja bloß Religionskunde wäre, ergibt durchaus Sinn als Ausbildungsfach. Doch das Spezifische des Glaubens als Weltzugang - wenn man denn glaubt - ist darin nicht mehr enthalten. Warum aber sollte es schädlich sein, über die Bestandteile dieser Perspektive auch an einer staatlichen Schule aufzuklären, insbesondere denjenigen, die oder deren Eltern es wünschen? Worin besteht eigentlich die Gefahr an der Vermittlung von religiösen Werten? Erweitern sie nicht gerade den Horizont? Natürlich muss sich ein solches

Fach den gleichen Regeln stellen wie jedes andere, untersteht also der Lehrplanung, Schulaufsicht usw. Doch den Pluralismus in der „Wertevermittlung“ - was immer das dann genau sein soll - vorab um die Glaubensperspektive zu beschneiden, ist für eine kluge Auseinandersetzung nicht gut und außerdem das Gegenteil einer vorgeblichen Toleranz. Wer, wie etwa der Grüne Manuel Huss auf seinem Blog, die heutige pluralistische Gesellschaft als Argument gegen den Religionsunterricht einsetzt, aber einen Satz wie „Wahlfreiheit klingt zwar gut, ist aber eindeutig fehl am Platz“ ohne zu zögern niederschreibt, offenbart, dass es mit seinem liberalen Staatsverständnis nicht weit her ist. Wo vormals die Religion zur Ausgrenzung abweichender Haltungen und Lebensweisen genutzt wurde, steht jetzt ein nicht näher hinterfragter „schulischer Auftrag nach gesellschaftlichem Zusammenhalt“.

Doch gerade Linke sollten bei der so einhellig beschworenen Säkularisierung skeptisch bleiben. So wichtig die Religionskritik ist, so wichtig ist auch eine Säkularisierungskritik. Wenn ein Mythos (Religion) verschwindet, ist auch der ersetzende Mythos darauf zu prüfen, worin seine Grenzen der Emanzipation liegen. Statt Te Deum jetzt also Nationalsymbolik, statt dem durchaus unterdrückenden Dogma der Religion die Nation und ihre Mythen als Halteklammer für den Marktwettbewerb im Kapitalismus?